



THOR-STEINAR BEIM RWE

Die Rechtsrock-Doku „Blut muss fließen“ wurde im Stadion des Fußballvereins nachgeholt. Mit dabei: Ein Zuschauer mit Thor-Steinar Hoodie.
► Seite 3



PSYCHIATRIE OHNE ZWANG

Auf dem Essener Campus wurde über Alternativen zur psychiatrischen Zwangsbehandlung diskutiert. Nina Hagen kam leider nicht.
► Seite 4-5

AKDUELL IM NETZ

Alle Artikel, die Möglichkeit zu Kommentieren und noch viel mehr gibt es im Internet unter der Adresse:
► www.akduell.de

Check-In-Zwang bei Bus und Bahn?

Der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) prüft die Einführung eines neuen Ticket-Systems, das auch große Auswirkungen auf die Studierenden im Ruhrgebiet haben könnte. Geht es nach den Vorständen des Zweckverbands, sollen sich künftig alle Fahrgäste an den Haltestellen ein- und auschecken. Ein Computersystem soll die zurückgelegten Entfernungen berechnen, wodurch kilometerabhängige Tarife möglich werden. Der VRR nennt dies einen Schritt hin zu einer „faireren“ Tarifstruktur. Kritiker*innen befürchten eine Totalerfassung der Bewegungsprofile und große Einschränkungen bei den bisherigen Flatrate-Angeboten Ticket 1000 und 2000.

Technisch gesehen geht es um ein System, das so ähnlich bereits in den Niederlanden und in einigen Großstädten wie London eingeführt ist. Mit einer Chipkarte müssen sich dort Fahrgäste vor der Fahrt an- und hinterher abmelden. Die Fahrpreise werden nach einem „Bestpreis-System“ berechnet: So ist es dort nicht notwendig, sich vor der Fahrt für ein Einzel- oder ein Mehrfahrenticket zu entscheiden. Das Computersystem berechnet die jeweils günstigste Variante und bucht den entsprechenden Betrag von der Chipkarte ab. Ob ein solches System auch im Ruhrgebiet realisierbar ist, das lässt der VRR aktuell durch eine Machbarkeitsstudie prüfen.

Im März wird entschieden

Fällt das Ergebnis positiv aus, soll alles recht schnell gehen: Bereits im März soll die VRR-Vollversammlung darüber abstimmen, ob ein



Und jetzt noch bitte alle einchecken: das neue System des VRR könnte das Bahn-Chaos verschärfen. (Foto: vrr)

Pilotprojekt im Bereich Essen, Mülheim und Duisburg gestartet wird. Innerhalb eines Jahres würde die viele Millionen Euro teure Technik dann an allen Haltestellen der Region installiert werden. Bereits im Frühjahr 2015 könnte der Zwang zum Ein- und Auschecken für Zeitkartenutzer*innen von Duisburg bis Essen Realität werden. Mittelfristig will der VRR alle Papiertickets abschaffen: Statt Einzeltickets am Automaten gäbe es dann Prepaid-Chipkarten, von denen das System die jeweils fälligen Tarife automatisch abbucht.

VCD: „Nicht sinnvoll“

Große Bedenken hat der Verkehrsclub Deutschland (VCD). „Die Einführung eines obligatorischen Check-in-/Check-out-Systems für Zeitkarteninhaber ist weder notwendig noch sinnvoll“, erklärt der VCD in einer Stellungnahme. Besonders in Stoßzeiten sei mit zusätzlichen Wartezeiten an den Erfassungsautomaten zu rechnen. Außerdem

sieht der Verkehrsclub deutliche Verschlechterungen im Bereich der Fahrgastrechte. Schließlich gelten in dem geplanten System auch Inhaber*innen regulär bezahlter Tickets als Schwarzfahrer*innen, wenn ein Check-In nicht erfolgt ist oder nicht erfolgreich war. Bei der in den Niederlanden eingeführten Technik gebe es beim Check-Out eine Fehlerquote von ein bis zwei Prozent, erklärt der VCD weiter. Auf den VRR hochgerechnet wären das 10 bis 20 Millionen Fälle jährlich, bei denen Fahrgästen zu hohe Gebühren abgerechnet werden.

Daten werden gesammelt

Problematisch könnte die neue Technik auch im Hinblick auf den Datenschutz sein. Denn das neue System würde zwangsläufig die jeweils mit einem Ticket zurückgelegten Strecken abspeichern – um die jeweiligen „Bestpreise“ berechnen zu können, und auch, weil der VRR ein hohes Interesse daran hat, diese Daten statistisch auszuwerten. So

könnten schlimmstenfalls personalisierte Bewegungsprofile von allen Nutzer*innen entstehen. Diese Befürchtungen versucht VRR-Sprecher Johannes Bachteler zu zerstreuen: „Es wird immer auch die Möglichkeit geben, Chipkarten und Guthaben anonym zu kaufen.“ Wer allerdings die Identität preisgibt, könne dadurch attraktive Zusatzleistungen erhalten, zum Beispiel aktuelle Verkehrsinfos für die persönlichen Strecken auf das eigene Smartphone.

Und das Semesterticket?

Trotz dieser beschwichtigenden Worte ist nicht damit zu rechnen, dass die Möglichkeit anonymer Tickets tatsächlich allen zur Verfügung stehen wird. Zu befürchten ist, dass günstigere Abo-Tarife nur personalisiert zu haben sein werden. Auch Schüler*innen- und Semestertickets gibt es bisher nicht anonym, und eine Einführung ist höchst unwahrscheinlich. Mittelfristig könnte das neue Ticketsystem noch weit größere Folgen für die Studierenden haben. Bei der Erprobung von kilometerabhängigen Ticketpreisen gehe es um eine „fairere“ Tarifstruktur, sagt der VRR. Das ist eine Formulierung, die allen seltsam bekannt vorkommen muss, die noch im September gegen die geplante Erhöhung Semesterticket-Kosten um bis zu 43 Prozent protestiert haben. Auch da behaupteten VRR-Vertreter*innen, teurere Semestertickets seien „gerechter“. Sollte der VRR tatsächlich einen flächendeckenden Preis für den gefahrenen Kilometer durchsetzen, könnte das den Druck nicht nur auf die VRR-eigenen Flatratetarife (Ticket 1000/2000), sondern auch auf das Semesterticket weiter erhöhen. [vrr]

**DER EKELBARON
MELDET SICH ZU WORT**



Vom Echten und Rechten

Zwei Dinge scheint der Bürger zu benötigen, um sich als vollwertiger Mensch zu fühlen: Zum einen sind dies Rechte, zum anderen das Echte. Recht will er haben, echt hingegen will er sein. Mit Wahrheit oder Richtigkeit hat hierbei allerdings keiner der beiden Begriffe noch etwas gemein. Vielmehr geht es hier einmal mehr darum, die bürgerliche Gesellschaft aus sich selbst heraus zirkulär zu begründen.

Was der Bürger tut, nennt er das Recht. Recht hat er und das hat er per Definition, da er sonst kein Bürger mehr wäre, sondern ein bloßer Krimineller. Immer wieder tönt er laut und lauter, daß dieses und jenes Recht ihn vor Willkür schütze, dabei besteht offenkundig ein himmelweiter Unterschied zwischen dem Besitz des Rechtes und der Macht, ein solches geltend zu machen. Die bürgerliche Gesellschaft kann nur weiterbestehen, solange sie diese Illusion aufrechterhält.

Was der Bürger hingegen ist oder vielmehr sein will, das nennt er das Echte. Wer sonst nichts ist, ist zumindest echt. Eine solche Echtheit ließe sich sicherlich fremdwörtelnd zur Authentizität aufblasen und abgrenzen von Eigenschaften wie Verschlagenheit, Maskenhaftigkeit oder Künstlichkeit. In Wahrheit allerdings ist die vermeintliche Echtheit doch eben jene Maske, die der Bürger zu tragen hat, um nicht als künstlich zu gelten. Mit Gottes Schöpfung hat sie nichts gemein.

**Hochachtungsvoll,
Friedrich von Einhalt**

Exmatrikulation droht: Gegen die „magischen Drei“

In vielen Studiengängen gilt: Fällt man drei mal durch eine Prüfung, wird man exmatrikuliert und darf den Studiengang nicht mehr studieren. Um den Wechsel in die neue Prüfungsordnung schmackhaft zu machen, hatte das Institut für Politikwissenschaft seinen Studierenden ein Angebot unterbreitet, das sie nicht ablehnen konnten: Die Streichung aller Fehlversuche, die sie bis zum Ende des vergangenen Sommersemesters gesammelt haben. Doch dabei ging etwas schief. Auf einer Vollversammlung haben die Studierenden ihrem Ärger jetzt Luft gemacht.

Im März dieses Jahres ging die Rundmail mit dem Angebot für Bachelor-Studierende über den Institutsverteiler. Rund 200 Studierende ab dem dritten Semester hätten von dem Angebot profitiert und sich Luft im Prüfungsstress verschafft. Doch das Justizariat prüfte Anfang dieses Semesters die Streichungsoption erneut und befand, dass sie in ein paar Fächern nicht machbar sei. „Es betrifft fünf Prüfungen“, erklärte Laura Dinnebier vom Fachschaftsrat Sozialwissenschaften (SoWi) auf der einberufenen Vollversammlung: „Die Grundlagen in der Soziologie und Politikwissenschaft, Methodenanwendung in der Praxis, Methoden der Empirischen Sozialforschung und Statistik.“

In diesen Fächern dürfe die Fehlversuchs-Regelung wegen des so genannten Gleichbehandlungsgebots nicht gelockert werden. Das Gebot besagt, dass alle Studierenden, die eine inhaltlich gleiche Prüfung schreiben, auch die selben Chancen haben sollen. Die Studierenden ab dem dritten Semester hätten mit der Sonderregelung bis zu sechs Fehlversuche vor der Exmatrikulation – und damit einen Vorteil, den die Studienanfänger*innen mit ihren drei Fehlversuchen nicht haben, so das Justizariat.

Fehlversuche in Panik-Fächern bleiben

Ausgerechnet die gefürchteten Methoden- und Statistikprüfungen fallen jetzt aus der Ausnahme heraus,



Auf der Vollversammlung der PoWi: Kritik an Fehlversuchsregeln. (Foto: mac)

da sich hier der Themenzuschnitt mit der neuen Prüfungsordnung nicht verändert habe, hat das Justizariat festgestellt. Von dem nicht eingehaltenen Versprechen betroffene Studierende haben darauf heftig bei ihrer Studienberatung protestiert. Denn viele sind mit dem Versprechen in der Tasche vielleicht zu unbesorgt in Prüfungen gegangen, die schon der dritte Versuch waren. Sie stehen jetzt sogar möglicherweise vor der Exmatrikulation.

Der Fachschaftsrat rät den Studierenden, sich an den Bachelor-Koordinator Ray Hebestreit zu wenden und in einer Mail die eigene Situation zu schildern. Außerdem sollen sie einen Antrag an den Prüfungsausschuss stellen, der als Formblatt über den Institutsverteiler geschickt wird. „Wir können tatsächlich jetzt nur Einzelfälle prüfen und dann entscheiden, ob das Prüfungsergebnis annulliert wird“, so die Vorsitzende des Prüfungsausschusses Ulrike Berendt auf der Vollversammlung. Der Fachschaftsrat habe eine schriftliche Zusage vom Prüfungsausschuss, dass die Fehlversuche, die aufgrund dieser Fehlinformation gesammelt wurden, gestrichen werden, sagt Laura Dinnebier. „Wenn der Prüfungsausschuss euren Antrag wider Erwarten ablehnt, bleibt ein Klageweg offen. Wir sind in Kontakt mit einem Anwalt“, so Dinnebier für den Fachschaftsrat weiter.

Studierende machen derweil ihrem Unmut über den zusätzlichen Aufwand, Klagen und die wenigen

Fehlversuche Luft. Das Krisenmanagement wird zur Grundsatzdiskussion: Die Studierenden fordern für die Zukunft mehr Fehlversuche in den Klausuren für alle. „Ich finde es unhaltbar, dass wir uns jetzt auf diese Einzelfalllösung einlassen, anstatt dass wir darüber diskutieren, wie wir für alle eine Verbesserung erzielen können“, sagte etwa der PoWi-Student und AStA-Vorsitzende Felix Lütke auf der Versammlung.

Dabei kommt es durchaus zu hitzigen Diskussionen. Zusätzliche Fehlversuche seien ungerecht gegenüber Studierenden, die wegen des dritten Fehlversuchs bereits exmatrikuliert worden sind, ist zu hören. Ein Argument, das viele nicht gelten lassen wollen. Denn konsequent zu Ende gedacht, würde das bedeuten, dass sich Studienbedingungen im Vergleich zu vorherigen Jahrgängen niemals verbessern dürften.

Nur eine kleine Prüfungsrevolution

Auf der Versammlung wurde auch die Forderung nach einer kompletten Streichung aller Fehlversuche laut. Am Ende kam es dann aber doch nur zu einer kleinen Prüfungsrevolution: Die Studierenden forderten den Fachschaftsrat auf, sich im Prüfungsausschuss für eine Hochsetzung der Fehlversuchszahl von drei auf sechs für alle einzusetzen. Dadurch könnten zumindest Studierende der Politikwissenschaft in Zukunft etwas durchatmen. [mac]

Thor-Steinar beim Rückspiel gegen Rechts



Rund 500 Zuschauer*innen sind kürzlich in die Assindia-Lounge des RWE-Stadion an der Hafestraße geströmt. Dort wurde die Vorführung der Rechtsrock-Dokumentation „Blut muss fließen“ im großen Rahmen nachgeholt, nachdem sie von Hooligans des Vereins beim Essener AWO-Fanprojekt am 16. Oktober verhindert worden war. Mit einer Podiumsdiskussion sollte danach auf das Thema Rassismus im Fußball eingegangen werden. Statt Worten hätten sich viele jedoch Handeln gewünscht: Denn ein mit der rechten Marke „Thor-Steinar“ bekleideter Besucher wurde trotz mehrmaligen Hinweises nicht des Saals verwiesen, obwohl die Stadionordnung das vorsieht.

Der Besucher trägt eine Jacke in norwegischem Muster mit dem Schriftzug „Thor Steinar - Nordic Company“ auf der Kapuze. Eine schwarze Strickmütze mit dem Aufdruck „Kommando Essen“ in Fraktur-Schrift rundet das Outfit ab. Direkt neben ihm steht demonstrativ die Stadion-Security. Der rechte Zuschauer wechselt immer wieder genervt den Platz, er fühlt sich beobachtet. „Solange die sich anständig benehmen können wir nichts machen“, gibt der Sicherheitsmann zur Auskunft. Auf aktuell-Anfrage, ob es nicht ein Verbot rechter T-Shirts im Stadion gebe, antwortet er: „Nö, weiß ich nix von.“

Ungeschultes Sicherheitspersonal

Das Wegschauen des Sicherheitspersonals, wenn es um rechte Symbolik geht, wird schon lange beim RWE kritisiert. „Wichtig ist, dass auch das Sicherheitspersonal gut geschult ist“, sagt Michael Gabriel, Leiter der Koordinationsstelle bei der Deutschen Sportjugend. Das war hier anscheinend nicht der Fall. Denn in der Stadionordnung von RWE unter Paragraph 5 ist das Mitführen von rassistischen, fremdenfeindlichen, rechtsradikalem oder anderweitig

diskriminierendem Propagandamaterial eindeutig untersagt. Als von Neonazis für Neonazis gegründete Marke fällt Thor Steinar eindeutig unter diesen Paragraphen.

Für den Regisseur, der auch zur Podiumsdiskussion geladen war, ein klares No-Go: „Für mich geht es gar nicht, dass hier Leute im Stadion mit Thor-Steinar auflaufen. Entweder geben sie die Klamotten vorne ab, oder sollten wirklich des Saals verwiesen werden“, so Regisseur Peter Ohlendorf. Tatsächlich geschah nichts dergleichen, die betreffenden Personen wurden lediglich beobachtet. Noch im Oktober hatte der Vereinsvorsitzender Michael Welling im aktuell-Interview das Verbot rechter T-Shirts und Plakate im Stadion betont. Bei Verstößen mit rassistischem Hintergrund könne der Verein mit Stadionverboten und Ausschlussverfahren reagieren, so Welling (aktuell berichtete).

Thor-Steinar-Shirt „scheißegal“

Auf der Podiumsdiskussion konfrontiert Adelman RWE-Chef Welling, damit das Personen mit rechten Smybolen im Saal anwesend seien. Hatte sich der Vor-

sitzende sonst klar gegen Rechte in seinem Stadion geäußert, will er jetzt lieber in einen Dialog mit ihnen treten. Es sei wichtig, dass auch solche Menschen den Film sehen: „Ganz ehrlich, da ist mir auch das Thor-Steinar Shirt scheißegal, solange die Botschaft angekommen ist“, so Welling bei der Podiumsdiskussion.

„Fans wollten nicht mehr reden“

Einige Stimmen im Publikum befürworteten die Argumentation des Vorsitzenden: „Es ist leicht zu sagen, das und das T-Shirt ziehst du nicht an. Damit hat man aber nichts im Denken verändert, sondern man schafft Märtyrer und Opfer“, so ein langjähriger Fan. Vielmehr sollten Initiativen wie das AWO-Fanprojekt mit den rechten Fans arbeiten. Andere geben darauf Kontra, so auch Linken-Ratsfraktionsmitglied Wolfgang Freye: „Ich finde ja auch, man muss miteinander reden. Das Problem ist aber, dass es Leute gab unter den Fans, die nicht mehr reden wollten. Die mit Gewalt verhindert haben, dass ein Film gezeigt wird. Da muss man klare Verbote aussprechen.“

Akzeptierende Jugendarbeit?

Regisseur Ohlendorf kritisiert zudem das Konzept eines rechtsoffenen sozialpädagogischen Ansatzes. Eine akzeptierende Jugendarbeit, die am Ende dazu führt, dass das Fanprojekt von den Hooligans übernommen wird, wie bei der ersten Filmvorführung, könne so nicht funktionieren. „Das kennen wir von so manchen Jugendclubs, die von

Nazis übernommen wurden, weil Sozialarbeiter dachten, sie können mit denen irgendwie arbeiten. Da müssen klare Grenzen her“, so Ohlendorf.

Eben die Sozialarbeiter*innen des Fanprojekts der Arbeiterwohlfahrt stehen bei der Podiumsdiskussion im Fokus. Auf die Frage, warum das Projekt als einziger damaliger Mitveranstalter keine Strafanzeige erstattete, antwortete Edith Schmitzer von der AWO-Essen: „Es wurden ja schon Strafanzeigen gestellt und Ermittlungen aufgenommen.“ Für manche Besucher*innen reicht das nicht aus: „Wichtig wäre es, dass diejenigen, die wissen, wer dahinter steckt, das auch sagen, damit die Leute belangt werden können“, so Wolfgang Freye von der Essener Linksfraktion im Rat. Denn es ist schon länger bekannt, dass Mitarbeiter*innen des Fanprojektes einige der Täter*innen wiedererkannt haben sollen. Bislang laufen die Anzeigen von Essen stellt sich quer und dem RWE nur gegen Unbekannt.

Die Filmvorführung war ein erster Schritt gegen den Einfluss rechter Hooligans bei Rot-Weiss Essen. „Wir müssen alle daran arbeiten, dass diese Umtriebe im Essener Stadion reduziert werden“, sagt Welling zum Abschluss der Podiumsdiskussion. Möglichkeiten zur Arbeit gibt es genügend: „Es muss jetzt aufgeklärt werden, wer die Filmvorführung verhindert hat und warum es hier Gruppen gibt, die die Kurve beherrschen und andere Menschen vor Angst zum Schweigen bringen“, so Regisseur Ohlendorf. [Autor*in der Redaktion bekannt]

Wie die Linke verrückt spielte, aber Nina Hagen keine Zeit hatte

Ist eine Psychiatrie ohne Zwang möglich und wie würde sie dann aussehen? Mit solchen Fragen hat sich am vergangenen Wochenende eine Konferenz auf dem Essener Uni-Campus beschäftigt. Eingeladen haben die Rosa Luxemburg-Stiftung, der Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener und die Linksfraktion im Landschaftsverband Westfalen-Lippe. Auch der AStA der UDE war an der Organisation beteiligt. Nachdem die Sängerin und Antipsychotherapeutin Nina Hagen bereits im Vorfeld absagen musste, schaffte es auch Politikwissenschaftler Wolf-Dieter Narr am Samstag nicht zur Konferenz. Deshalb endete diese mit einer improvisierten Podiumsdiskussion. Wobei eines wurde deutlich: Der linke Diskurs über die Rechte psychisch Kranker bewegt sich irgendwo zwischen öffentlichen Freiheitsversprechen und privater Ohnmacht. Und manchmal schweigt er auch einfach.

Inhaltlich versuchte der Kongress sich den Fragen zu stellen, welche die Antipsychotherapie-Bewegung seit Jahrzehnten umtreibt. Die in den 1960er Jahren groß gewordene soziale Bewegung kritisierte bereits damals die Zustände der institutionellen Psychiatrie und gewaltförmige Behandlungsmethoden, aber auch wissenschaftliche und praktische Kontinuitäten zur Zeit des Nationalsozialismus. Schließlich waren psychiatrische Ärzte nicht nur in erster Reihe an NS-Verbre-



Promotionsmaterial der Kampagne PatVerfü: Sie will es den Menschen möglich machen selbst zu entscheiden, ob sie eine psychiatrische Diagnose gestellt bekommen möchten oder nicht. (Foto: aGro)

chen beteiligt, es waren auch Psychiater, die erstmals Forderungen nach der „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ formulierten und aus dem etablierten Wissen ihrer Forschungsdisziplin ableiteten. Bis heute richten sich die Einwände der Antipsychotherapie-Bewegung gegen Krankheitsbeschreibungen und medizinische Praktiken, mit denen, so die Kritik, vielfach einfach gesellschaftlich abweichendes Verhalten pathologisiert werde. Das Spektrum der Aktiven reicht von psychiatriekritischen Ärzt*innen und Therapeut*innen bis hin zu Aktivist*innen, die psychiatrische Diagnosen und Behandlungsmethoden grundsätzlich ablehnen.

Auf dem Essener Kongress sorgte nicht bloß das Fehlen der zwei

prominentesten Teilnehmer*innen für Unruhe. Bereits die Diskussion nach dem Vortrag der Bundestagsabgeordneten Kathrin Vogler verlief mehr als unruhig. Andauernd reden Teilnehmer*innen dazwischen, ohne sich zu melden. Anstatt Fragen zu stellen, übertrumpfen sie sich gegenseitig darin, möglichst radikale Veränderungen zu fordern: Ein Verschreibungsverbot von Psychopharmaka und Neuroleptika an Minderjährige, oder eine Kürzung der Gelder für die Psychiatrie, da Ärzte ohnehin meist geldgierig seien. Eine Frau im Publikum vergleicht die Situation der gegenwärtigen Psychiatrie mit einem Fernseher: Wegen psychischer Probleme einen Arzt zu rufen sei so, als rief man den Fernsehtechniker, weil im

TV nur Dschungelcamp und DSDS laufen.

Abschluss ohne Starbesetzung

Die Sängerin, Schauspielerin und Antipsychotherapeutin Nina Hagen, die zum Abschluss der Konferenz auch singen wollte, hatte bereits im Vorfeld abgesagt. Der bekannte Politikwissenschaftler Wolf-Dieter Narr, der zur Lage der Psychiatrie seit 1998 referieren wollte, erreichte die Konferenz leider nie. Anscheinend wurde er vom Taxifahrer inmitten des Trödelmarktes am Audimax abgesetzt, wo er den Weg zur Veranstaltung nicht fand und schließlich nach Berlin zurückgekehrt sein soll. Anstelle von Nars Vortrag bat man nun die verbleibenden Referent*innen nochmals

TIPPS & TERMINE



„Taste the Waste“ am 28.11. in der Brücke auf dem Campus Essen

MITTWOCH, 27.11.

Schwubile Vollversammlung

Zur Wahl neuer Referent*innen lädt das Referat für Schwule, Bisexuelle, Lesben und Freunde zu einer Vollversammlung ein. Die Referent*innen werden jeweils für ein Jahr gewählt und vertreten die Interessen von Schwulen, Lesben, Bisexuellen und Trans*personen an der Uni.

► Ab 18 Uhr, Schwubile, Campus Essen

DONNERSTAG, 28.11.

Taste the Waste

In der Reihe des Gründonnerstags zeigt das Ökoreferat diesmal den Film „Taste the Waste“: Unter anderem über zwei Mülltaucher, die in Abfalltonnen nach essbaren Lebensmitteln suchen und damit ihren Bedarf an Lebensmitteln zu 90 Prozent aus weggeworfener Ware decken.

► Ab 18 Uhr, Die Brücke, Campus Essen, Eintritt frei

FREITAG, 29.11.

Noche Latina

Bei lateinamerikanischen Klängen und leckeren Cocktails gibt es die Möglichkeit Merengue, Bachata und Salsa zu tanzen.

► Ab 21 Uhr, Mundo Latino Essen, Segerothstr. 85

zur Podiumsdiskussion auf die Bühne. Diese war mit einem Arzt, einer Bundestagsabgeordneten, einem Betroffenenvertreter und einem Anwalt zwar grundsätzlich hervorragend besetzt, mit der Vielfältigkeit und Form der Wortmeldungen aus dem Publikum aber meist überfordert.

Nach dem Ende des offiziellen Programms betrat eine Frau die Bühne und forderte zur Unterstützung der Linken-Politikerin Julia Bonk auf, deren Schicksal derzeit für Verwirrung sorgt.

Keine Immunität für Landtagsabgeordnete in Psychiatrie

Die 27-jährige Abgeordnete des sächsischen Landtags war im September in eine psychiatrische Klinik eingewiesen worden. Im Oktober beschloss der sächsische Landtag aus diesem Grund einstimmig, Bonks Immunität auszusetzen, die Abgeordnete vor Strafverfolgung und weiteren Einschränkungen der persönlichen Freiheit schützt. Die Fraktionsvorsitzenden von CDU, Linken, SPD, FDP und Grünen hatten sich zuvor bereits an die Presse gewandt und appelliert, sensibel mit der Angelegenheit umzugehen. „Unserer Auffassung nach gehören außer der Nachricht, dass die Kollegin erkrankt ist, alle Einzelheiten dieser Erkrankung zur Privatsphäre“, betonten sie in einem gemeinsamen Schreiben.

Während dies auf Seiten der Presse bisher weitgehend respektiert worden ist, kursieren im Internet zum Teil absurde Verschwörungstheorien. Vor allem in

der Facebookgruppe „Wo ist Julia Bonk?“ nehmen diese bei den rund 500 Mitgliedern zum Teil groteske Dimensionen an. Hier wird etwa gemutmaßt, Bonk habe möglicherweise belastendes Material über die Zusammenarbeit von Behörden und Rechtsextremen gesammelt, das so vernichtet werden solle. Auch deutet ein weiterer Kommentarschreiber an, Die Linke wende hier „SED-Methoden“ gegen ein unbequem libertäres Parteimitglied an. Tatsächlich ist Bonk alles andere als eine Hinterbänklerin, deren Fehlen nicht auffallen würde. Sie ist nicht nur Mitglied im Bundesvorstand der Partei, sondern auch Bundessprecherin der Parteiströmung Emanzipatorische Linke. Als solche unterstützte sie auch die Forderung nach der Abschaffung aller psychiatrischen Sondergesetze und Zwangsmaßnahmen, die im Bundestagswahlkampf von der Linken vertreten wurde.

Nina Hagen: Diagnose verweigern

Gegründet wurde diese Facebookgruppe von Nina Hagen, die auf der Essener Konferenz über die Möglichkeiten der Patientenverfügung informieren wollte. Im Jahr 2009 wurden die Rechte von Patient*innen nämlich dahingehend gestärkt, als dass sie nun die Möglichkeit haben, mittels einer solchen Verfügung bestimmte Formen der Behandlung abzulehnen. Diskutiert wurde das Gesetz damals vor allem in Hinblick auf die Möglichkeit, bei unheilbarer Krankheit auf lebensverlängernde



Abschluss-Podium auf der Konferenz „Psychiatrie ohne Zwang“. (Foto: aGro)

Maßnahmen zu verzichten. Das Bündnis PatVerfü, dessen Schirmherrin Nina Hagen ist, will erreichen, dass die Patientenverfügung von allen Gerichten in der BRD auch als Schutz vor psychiatrischer Zwangsdiagnose, Zwangseinweisung und Zwangsbehandlung anerkannt wird.

Mit der Erklärung können Menschen psychiatrische Untersuchungen generell untersagen und so das Zustandekommen einer psychiatrischen Diagnose verhindern. Ohne eine solche Diagnose seien Zwangsmaßnahmen nicht möglich, so die Argumentation. Auch können hier Betreuer*innen angegeben werden, die im Falle einer Betreuungsanordnung ansonsten das Gericht

bestimmen würde. Das Muster einer solchen Erklärung, die wie ein Organspendeausweis mitgeführt werden kann, stellt das Bündnis im Internet zum Download bereit.

Nina Hagens Slogan bringt es auf den Punkt: „Geisteskrank? Ihre eigene Entscheidung!“ Aber ist das überhaupt eine Entscheidung, solange die Krankheit mit einem gesellschaftlichen Stigma verbunden ist? Ist es sinnvoll, diese Entscheidung Menschen zu überlassen, die beispielsweise zu selbstverletzendem Verhalten neigen? Und wie fundamental kann eine Psychiatriekritik werden, ohne dass sie zur Betroffene mit ihren Problemen alleine lässt? Fragen, die hier leider nicht angegangen wurden. [aGro]

FREITAG, 29.11.

The Outcasts

Ihren Namen fand die Band 1977, nachdem sie fünf Mal in einer Woche Hausverbot in diversen Clubs bekommen hatten. Dementsprechend feiert die Punkband bei Konzerten auch auf der Bühne.

► Einlass ab 20 Uhr, Freak Show Grendplatz 2a, Essen, 8 Euro

SAMSTAG, 30.11.

Rassismus tötet!

Demo für globale Bewegungsfreiheit und ein gutes Leben für alle! Seit Jahren sterben Zehntausende an Europas Außengrenzen. Gleichzeitig baut die EU die tödliche Grenzsicherung mit High-Tech-Überwachung weiter aus.

► Ab 11 Uhr, Bochum Hauptbahnhof

SAMSTAG, 30.11.

Brauchen wir Alternativen zum Euro?

Unter dem Titel „Brauchen wir eine Alternative zu Euro und EU“ soll am kommenden Samstag mit Referent*innen aus dem EU-Raum über die Probleme in der EU und mögliche Alternativen zu diesen diskutiert werden.

► Ab 10.30 Uhr, Zakk Düsseldorf, Fichtenstraße 40

SAMSTAG, 30.11

Energiewende-Demo

Von Bochum Hauptbahnhof fährt ein Bus mit 50 Plätzen über Witten und je nach Nachfrage auch über Essen und Dortmund zur Demo nach Berlin. Abfahrtszeiten stehen noch nicht fest. Kontaktdaten: Fabian Hanneforth 01577 1567 309, fabian.hanneforth@gmx.net

► 30 Euro Hin- und Rück; ermäßigt: 20 Euro; Solipreis: 50 Euro

Zeit zum Nachrücken

Wer bei der Studienplatzvergabe auf Nummer sicher gehen will, der bewirbt sich nicht für ein oder zwei Fächer, sondern am besten gleich für mehrere und an verschiedenen Unis. Allerdings kann jeder nur einen Platz annehmen. Wenn dann wieder ein Platz frei wird, schlägt die Stunde der Nachrücker. Für diese ist es dann allerdings umso schwerer sich im Uni-Dschungel zurechtzufinden.

Der Kampf um die Studienplätze beginnt jedes Jahr aufs Neue. In diesem Jahr waren die Bedingungen aber noch härter als sonst: Mit dem doppelten Abitur Jahrgang bewarben sich an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen rund zehn Mal mehr angehende Student*innen als in den Vorjahren. Die UDE will in diesem Semester sogar bis zu 2500 Studienanfänger*innen nachrücken lassen. Zudem wurde der NC in vielen Fächern präventiv von den Universitäten noch mal angehoben, um bereits im Voraus auszusortieren. Wer also einen Studienplatz sicher haben wollte und schlau war, bewarb sich im Sommer sicherheitshalber für verschiedene Fächer und an mehreren Universitäten.

Oft ergibt sich dann dieses Szenario: Im Hauptverfahren im August erhält der Student*innen nur eine Zusage vom Alternativfach. Er nimmt den Platz an – besser ein ungeliebter Studienplatz als gar keiner. Bekommt er dann jedoch ein paar Wochen später im Nachrückverfahren die Zusage von seinem Wunschfach, lässt er sich in dem einen Studiengang exmatrikulieren und schreibt sich im anderen neu ein. Der frei gewordene Platz geht wiederum an andere Bewerber. Eine Kettenreaktion, die sich Nachrückrunde um Nachrückrunde fortsetzt. Manchmal bis lange nach Vorlesungsbeginn. Oft haben Nachrückende dann bereits andere Pläne gemacht.

Nach dem Glück kommen die Probleme

Auch Nachrückerin Maria hatte sich bereits damit abgefunden erst im nächsten Jahr mit dem Studium anfangen zu können. Mitte November bekam sie dann doch



Nachrücker*innen haben oft Probleme: Beim ABZ finden sie häufig Hilfe. (Foto: ttm)

noch die Zusage für das Fach Biologie. Zu dem Zeitpunkt war der eigentliche Einschreibetermin auch für Nachrücker bereits vorbei. „Ich hab Glück gehabt, dass ich den Platz noch wahrnehmen durfte, sonst hätte mir die Zusage dann ja auch nichts mehr gebracht“, sagt Maria. Mit dem Platz für Religion, den sie zuvor bereits im Losverfahren gewonnen hatte, hat sie bereits einmal Glück gehabt.

Aber nach dem Glück kamen dann die Probleme: Die meisten Schwierigkeiten, die auf fast alle Erstsemester zukommen, haben ihre Kommiliton*innen bereits in der Orientierungswoche und den Einführungsseminaren klären können. Maria muss das nun alles noch nachholen, während sich die anderen schon mit Klausuren beschäftigen und neue Freundschaften schließen. „Meinen Stundenplan zu erstellen war das Schwierigste. Dabei bin ich in einige Übungen schon gar nicht mehr rein gekommen“, sagt Maria. Ein Problem, das fast alle Student*innen kennen. Wer zu spät kommt – bekommt manchmal keinen Platz mehr im Seminar. Welche Chance haben da aber Nachrücker*innen?

Aber auch die Internetseite und das Online-Kursportal Lsf waren für Maria anfänglich noch ein völlig

es Chaos. Nachdem sie zuerst Hilfe bei der Allgemeinen Studienberatung gesucht hat, haben diese sie direkt an die Fachschaften weiter vermittelt, wo sie sofort auf offene Ohren stieß.

Es wird nicht einfacher

Aber nicht immer ist die Hilfe vor Ort. „Ich habe versucht mich für eine Klausur anzumelden. Nach zwanzig Minuten habe ich mich dann endlich zurechtgefunden, geklappt hat es dann aber trotzdem noch nicht“, sagt Maria. Solche Probleme müssen aber nicht unbedingt nur an den Startschwierigkeiten der Studierenden liegen. Manchmal sind Nachrücker*innen im Lsf für bestimmte Fächer noch

gar nicht registriert, was Anmeldungen für Klausuren unmöglich macht. Aber auch Antworten auf Fragen, die in der Regel in den ersten Stunden geklärt werden, muss Maria sich jetzt woanders holen. „Zum Glück sind hier viele sehr hilfsbereit und helfen sofort weiter, wenn man Fragen hat“, sagt Maria. Jedoch wird es nicht einfacher, je weiter die Seminare und Übungen fortschreiten: „In Bio müssen bestimmte Übungen unter großem Zeitdruck erledigt werden. Ich musste das nun alles in der Hälfte der Zeit schaffen und noch vieles nacharbeiten. Wenn der Professor vorne redet, verstehe ich momentan nichts.“

Auffangbecken Mentoring

Auch Markus Hülbusch, Koordinator des Mentoring-Programms der Fakultät für Geisteswissenschaften kennt das Problem. An alle neu eingeschriebenen Student*innen werden deshalb Mails verschickt, mit einer Einladung zu einem Mentoring-Tutorium. Da können die Erstsemester alle Fragen loswerden und lernen sich an der Uni zurechtzufinden. Vor allem Lehramts-Studierende seien in diesem Jahr nachgerückt. „Wir versuchen die natürlich aufzufangen“, so Hülbusch.

Ob sie das erste Semester so erfolgreich hinter sich bringen kann, wie andere, die ihr einen Monat voraus haben, bezweifelt Maria. Sorgen macht sie sich deshalb aber keine: „Erstmal bin ich unheimlich froh, dass ich den Platz überhaupt noch habe.“ Im nächsten Semester will sie dann richtig mit dem Studieren richtig loslegen.[ttm]

INFOS FÜR NACHRÜCKER*INNEN:

Infos zur Studienplanung:

<http://www.uni-due.de/erstsemester/studienplanung>

Persönliche Studienberatung ohne Anmeldung:

► Duisburg:

Mo: 14:00 - 16:00 Uhr; Di, Do: 10:00 - 12:00 Uhr. Raum: SG 055

► Essen:

Mo, Mi: 15:00 - 17:00 Uhr; Di, Do, Fr: 10:00 - 12:00 Uhr.
Raum: To2 500 L12

► <http://www.uni-due.de/abz/studierende>

Bochum protestiert gegen Frei.Wild

In Bochum wird seit der vergangenen Woche über die deutsch-nationale Band „Frei.Wild“ diskutiert. Auslöser ist ein überdimensionales Plakat, das am Hauptbahnhof hängt. Das Plakat soll bis Ende November dort hängen und auf das kommende Album aufmerksam machen. Inzwischen haben Unbekannte das Plakat mit einem „Achtung Nazis“ Graffiti verziert.

Kritik an dem Plakat kommt unter anderem von der linken Bundestagsabgeordneten Sevim Dagdelen: „Es ist skandalös, dass die Entwicklungsgesellschaft Ruhr-Bochum mbH (EGR-Bochum) als städtische Tochter einer rechtslastigen Band wie Freiwild Werbeflächen zur Verfügung stellt.“ Sie fordert: „Die Stadt als Eigentümerin und die EGR Bochum als Betreiber müssen ein klares Zeichen gegen rechtes Gedankengut setzen und derartige Werbung unterlassen. Frei.Wild muss die Werbung auf Flächen der Stadt versagt werden.“ Unterstützung erhält sie für diese Forderung von Jusos, Linksjugend solid und dem Bund der alevitischen Studierenden, die eine gemeinsame Pressemitteilung verfasst haben und ebenfalls die Abhängung fordern. Alle drei Organisationen haben schon in anderen Städten gegen die Band protestiert und sich gegen deren Konzerte gestellt.

Frei.Wild als Wegbereiter für nationalistisches Gedankengut

Kritisiert werden die Texte der Band vor allem wegen der nationalistischen Positionen, die die Band vertritt. Svenja Ludwig, Vorsitzende der Jusos Bochum: „Der Protest gegen die Band wird stärker und das ist auch gut so! Nach verschiedenen Absagen der Festivalveranstalter*innen an die Band gibt es eine breitere Debatte auch in der Musikszene. Die Naziideologie darf nicht über vermeintlich anerkannten Rechtsrock Einzug in die Mitte der Gesellschaft erhalten. Frei.Wild muss dort einsortiert werden wo sie hingehören - zu den rechtsradikalen Bands“.

Die Beurteilung der Texte ist bisher durchaus verschieden,



Das Frei.Wild-Plakat am Bochumer Hauptbahnhof. (Foto: rvr)

weswegen Thüringens Sozialministerin Heike Taubert (SPD) die Songtexte durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien überprüfen lässt.

Anlass für die Kritik ist neben den Texten auch die politische Herkunft des Sängers Philipp Burger, der vor seiner Zeit bei Frei.Wild Teil der rechtsradikalen Skinhead-Band „Kaiserjäger“ war. Inzwischen betont er, dass dies eine Jugendsünde war und seine neue Band keine politische Ausrichtung habe. Eine Rechtfertigung, die durch Distanzierung von allen Extremen unterstrichen werden soll. Songtexte wie „Wahre Werte“ in dem es heißt „Patriotismus heißt Heimatliebe, Respekt vor dem Land und Verachtung der Kriege, wir stehen hier, mit unseren Namen, wir werden unsere Wurzeln immer bewahren“ lassen die Distanzierung von Nationalismus unglaubwürdig wirken.

In dem Song werden weitere nationalistische Forderungen aufgegriffen, so wird die bei der extremen Rechten beliebte Forderung nach der Auswanderung aller „heimathassenden Menschen“ in den Song eingebaut: „Wann hört ihr auf, eure Heimat zu hassen/ Wenn ihr euch ihrer schämt, dann könnt ihr sie doch verlassen.“ Diese deutlich völkischen Positionen standen auch im Zentrum der Kritik von Dagdelen. Sie erklärte „Völkische Positionen sind nicht besser, weil sie sich auf Regionen wie Südtirol beziehen. Und sie

sind deshalb auch längst nicht weniger rassistisch und rechtspopulistisch, wenn sie sich gegen alles richtet, das aus ihrer Sicht nicht zu Südtirol gehört.“

Stadt sieht sich nicht in der Pflicht

Trotz der deutlich nationalistisch motivierten Texte sieht die EGR Bochum, ein städtisches Tochterunternehmen, keinen Handlungsbedarf, da es bisher keine objektive Grundlage gebe, wegen der das Plakat abgehängt werden könnte. Als objektive Grundlage sieht die EGR eine Rüge des Werberats, gewaltverherrlichende Darstellungen und Verstöße gegen das Gesetz, wie die EGR gegenüber der WAZ erklärte. Auch der Flächenvermarkter Outsight Media, der die Fläche vermietet, sieht bisher keinen Grund zum Handeln, da das Unternehmen die Fläche nur an Agenturen vermittele und nicht über die Inhalte entscheide.

Das Bochumer Forum für Antirassismus und Kultur kritisiert, dass niemand in der Stadt Verantwortung für das Plakat übernehmen wolle: „Weder die Verantwortlichen bei der Stadt noch die städtische Betreibertochter des Parkhauses, die EGR, haben bisher widersprochen.“ Erfreut zeigte sich das Forum, dass es nun auch in Bochum Widerstand gegen die Plakatierung gibt: „Wir sind froh, dass der endlich auch in Bochum immer lauter und deutlich sichtbar wird.“ [JJ]

KURZMELDUNGEN

Stollen behindert Bahnverkehr

Auch in der aktuellen Woche wird es bei vielen Zügen am Essener Hauptbahnhof zu Verspätungen kommen. Schuld ist ein Hohlraum in einem Bergbaustollen westlich des Hauptbahnhofs. Im Moment sind die Züge im Schnitt acht bis zehn Minuten verspätet, in der kommenden Woche könnten die Verspätungen noch länger werden. Durch die Arbeiten am Stollen fällt der Fernverkehr an den Bahnhöfen Mülheim, Essen und Bochum aus.

Anklageentwurf zur Loveparade

Dreieinhalb Jahre nach der Massenpanik auf der Duisburger Loveparade auf dem Gelände des alten Güterbahnhofs wurde jetzt der Anklageentwurf der Staatsanwaltschaft fertig. Zwischen zehn und elf Beschuldigte soll die Schrift enthalten, darunter Verantwortliche der Stadtverwaltung, der Dezernent für Bauordnung Jürgen Dressler, sowie Mitarbeiter*innen des Veranstalters Lopavent. Bevor es zum Verfahren kommt, wird der Entwurf jetzt noch von der Generalstaatsanwaltschaft in Düsseldorf geprüft. Bei der Panik am 24. Juli 2010 starben 21 Menschen. Hunderte Besucher*innen wurden verletzt.

Sarrazins Haus mit rosa Farbe beworfen

Der deutsche Rechtspopulist Thilo Sarrazin darf nun ein rosa farbenes Haus sein Eigen nennen, nachdem die GERD (Group on the Elimination of Racist Discrimination) einen Farbbeutel auf sein Haus warf. Grund für die „Verschönerung“ des Hauses war die Teilnahme Sarrazins an der „Für die Zukunft der Familie“-Konferenz des rechten „Compact“-Magazins in Leipzig. Dort wurden Homophobie und antifeministische Stereotype verbreitet.

Nadelstiche gegen Lohneinbußen

Die Arbeitgeber*innen des Einzelhandels haben die Manteltarifverträge, die die allgemeine Basis für Arbeitsverträge darstellen, gekündigt. Die Folge sind Lohneinbußen um bis 400 Euro. Dagegen wehren sich immer mehr Verkäufer*innen. Vergangene Woche kamen in Duisburg mehr als 300 zusammen, vor allem Frauen, um den Widerstand für den kommenden Monat zu planen.



Foto: dielink_nrw/flickr.com, CC BY-SA 2.0

Aufgerufen zu Versammlungen hatte die Gewerkschaft verdi, die 6,5 Prozent mehr Gehalt, die Beibehaltung des Manteltarifvertrags und eine Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 140 Euro, sowie eine Rücknahme der Kürzungen fordert. Mit den Streiks im wirtschaftlich wichtigen Dezember plant verdi den Druck auf die Arbeitgeber*innen deutlich zu erhöhen. Die Streiks sollen Nadelstichen ähneln, da sie nur für einige Stunden an mehreren Tagen stattfinden sollen.

In Duisburg trafen sich mehr als 300 Verkäufer*innen aus verschiedenen Geschäften wie Real, Kaufhof, Ikea und Edeka. „Sie geben uns nicht das, was wir verdient haben. Wir wollen, dass der Manteltarif wieder in Kraft tritt“, erklärt Thomas Keuer, verdi Geschäftsführer in Duisburg gegenüber der Rheinischen Post. Obwohl der Einzelhandel seinen Gewinn seit dem Jahr 2000 um 75 Prozent auf über 20 Milliarden Euro steigern konnte, stagnieren die Gehälter der Angestellten, gehen teilweise sogar zurück. So verdienen z.B. Leiharbeiter bei der Drogeriekette Rossmann, je nach Region zwischen fünf und sechs Euro die Stunde, ohne Anrecht auf Nacht- oder Spätzuschläge.

Immer mehr Verkäufer*innen können die Situationen in ihren Läden nicht mehr er-

tragen: „Wir sind immer weniger, müssen aber immer mehr leisten. Wir können nicht mehr!“, erklärt Nena Kruse, Filialleiterin bei einer bundesweit agierenden Drogeriekette. Die Hartz-IV Gesetze der rot-grünen Regierungen stellen die Basis für den zunehmenden Druck auf die Mitarbeiter*innen dar. Wie auch die Mitarbeiter*innen von Amazon betonen, die für einen Tarifvertrag nach den alten Bedingungen des Einzelhandels kämpfen und dadurch die Forderungen der Einzelhandelsmitarbeiter*innen stärken.

In Berlin machte es eine H&M Filiale vor, deren Verkäufer*innen mehrere Monate in den Streik gingen. Unterstützt durch Betriebsräte und Aktivist*innen erkämpften sie sich dort, trotz häufiger Drohungen Verträge nicht zu verlängern, bessere Arbeitsbedingungen. Nun erwarten uns auch in Duisburg, Bochum und Essen Streiks zur Weihnachtszeit. Als Studierende können wir durch Besuche bei den Streikversammlungen, den Streikenden Mut machen und sie bei ihrem Arbeitskampf unterstützen. [DanKe]

IMPRESSUM

ak[duell] – Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet
Herausgeber: **ASTA** der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Felix Lütke u.a.
Projektkoordination: David Freydank
Anschrift: aktuell, c/o AstA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen
Redaktion dieser Ausgabe: Alex Grossert (aGro), Maren Wenzel (mac), Rolf van Raden (rvr), Jules El-Khatib (JJ), Daniel Kerekes (DanKe), Teresia Minjoli (ttm)
Comic: Sebastian Happ
V.i.S.d.P.: Maren Wenzel (mac)
Auflage/Druck: 5.000 / Megadruck, Westerstedde
E-Mail: redaktion@akduell.de
Web: www.akduell.de
Fon: 0201/1833134

SUDOKU – HIRNAKROBATIK

	8	1			7	3		
5		2			4			7
			1	6				
3			8	7				
4	7			1			2	8
				2	6			3
				8	3			
2			6			8		4
		3	7			6	9	

HLP! #42: LOCKE IN DOWN UNDER: SYDNEY!

